©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Naturschutzverbände als Lobby der Umweltpolitik

Hubert Weinzierl *

Mit dem Titel meines Referates habe ich die Antwort auf die mir gestellte Frage, wie Naturschutzverwaltung und Naturschutzverbände zusammenarbeiten könnten, vorweggenommen, indem ich die Naturschutzverbände als Lobby der Natur und damit letztlich der Umweltpolitik betrachte. Aus diesem Selbstverständnis heraus läge ein Zusammenwirken mit der staatlichen Administration nahe. Daß dies bisher kaum funktioniert hat, ist leider eine schmerzliche Erkenntnis der Geschichte der meisten Umweltbewegungen in Deutschland.
Zum Abbau von Berührungsängsten gehört es, seinen Partner überhaupt einmal kennenzulernen. Deshalb will ich an dieser Stelle einmal ein ganz persönliches Credo vor diese Ausführungen stellen, was mich umtreibt, immer wieder Naturschutz zu predigen.

Ein persönliches Credo

Wenn man über dreißig Jahre lang so als Handlungsreisender in Sachen Naturschutz durch die Lande zieht, wird es einem ehrlich gesagt immer schwerer, noch etwas Neues zum Thema Umwelt beizutragen.
Einfach deshalb, weil alles, alles längst gesagt und gefordert und gewarnt und beschworen ist. Die Zeit der Kongresse und der Programme ist abgelaufen.
Da befällt uns Naturschützer allenfalls gelegentlich Trauer darüber, daß soviel an liebenswerter Schöpfung zugrunde gehen und so viele Teilkatastrophen passieren müssen, ehe wir zaghaft umzukehren bereit sind, und es stellen sich dann halt die Fragen nach Sinn und Schuld und Hoffnung.
Es gibt doch wahrlich keinen Sinn, daß wir als einzige Art dieser gemeinsamen Erde unseren eigenen Lebensraum zugrunderichten, obwohl uns der Vorzug des Denken-Könnens zuteil geworden ist. Wie kann die Menschheit, wie kann die Menschen-Politik, wie kann ich selber, die wir doch allesamt so gerne logisch und frei von den vielzitierten Emotionen argumentieren möchten, so außer-rational handeln?
Natürlich fühle ich mich auch selber mitschuldig am Schlußverkauf der Mutter Erde. Aber dann habe ich sehr schnell wieder eine Ausrede parat: Das sei halt das „sogenannte Böse" in uns (als Argument für den ethologisch-intellektuellen Heiden) oder es ist halt die Unerlöstheit des Menschen, die Ursünde also (als Seufzer sozusagen für den gläubigen Christen).
Ich träume dann oft davon: Ich wollt ich wär' ein Baum! Da könnt' ich alle die Fehler nicht begehen, bei denen ich mich immer wieder erwische: Ich bräuchte nicht Auto fahren, ich würde weder die Luft und das Wasser verschmutzen und zuviel Energie verprassen. Ich würde keine Tiere aufessen, keinen Lärm würde ich machen und niemandem weh tun.
Aber ich bin ein Mensch. Also muß ich zum So-Sein stehen und retten, was zu retten ist. Ein Überlebensprogramm für die eigene Art sozusagen, in das große Teile der Mitwelt gezwungenermaßen eingebunden sein müssen, damit es nachhaltig funktionsfähig bleibt. Anthropozentrisch zwar, aber doch mit einem Schuß Verantwortung für die ganz anderen. Aber auch bei dieser Argumentationslinie ist mir noch ein Brief im Weg, den mir kürzlich ein junges Menschenpaar geschrieben hat:

„Belügen Sie uns doch nicht so mit Ihrem Naturschutz-Gefasel. Gerade Sie, der Sie den weltweiten Überblick haben, wissen es doch ganz genau, daß der Mensch eine aussterbende Art ist und daß das für das Leben auf unserem Planeten auch ganz wurscht sein wird, ob es uns gibt oder nicht. Deshalb finden wir Ihre Hoffnung-Macherei so beschissen, auch wenn wir zwei kleine Kinder in diese Welt gesetzt haben ..."

Sollen nach den Blumen und den Vogelliedern, nach Schmetterlingen und Bäumen also auch die Menschen und sollen auch noch unsere Hoffnungen in die Roten Listen gerückt werden?
Hier beginnt mein Protest.
Hier beginnt aber auch mein Glaube an Wunder, der umso stärker wird, je mehr wir Naturschützer uns die tanzende Gelassenheit jenes Davids aneignen, der gewußt hat, daß die Veränderungen nicht von den riesigen Köpfen irgendwo da oben, sondern von den kleinen, pfiffigen Gedanken in den vielen Herzen da unten ausgehen.
Vor solch' fröhlichem Hintergrund werden wir Naturschützer trotz aller negativen Bilanzen auch weiterhin für eine gescheitere Energiepolitik, für gesundes Trinkwasser, für biologischen Landbau, für weniger Abfälle und für mehr Artenschutz ringen. Nicht verbissen, sondern einfach weil es uns Spaß macht inmitten einer so wunderschönen Welt leben zu dürfen. Aus Lebens-Liebe sozusagen; auch aus Liebe zu den Mitgeschöpfen. Für diese Art von Naturschutzmotivation bedarf es Gott sei Dank auch keiner intellektuellen Legitimation.
Eines wird mir dabei immer klarer: Es wäre zu wenig, nur den Untergang des Planeten selbstgefällig oder schadenfroh zu kommentieren. Vielmehr ist der ökologische Imperativ in unserem persönlichen Verhalten beim Umgang mit der Schöpfung überfällig. Wir Naturschützer sollten jetzt die Phase des Tuns einleiten. Die Erkenntnis haben wir hinter uns gebracht.

Lobby- und Wächterfunktion der Naturschutzverbände

Nach diesem persönlichen Bekenntnis ein paar Gedanken zum Selbstverständnis der Naturschutzverbände. Wir verstehen uns historisch ge-

* Vortrag auf dem ANL-Seminar „Länderübergreifende Zusammenarbeit im Naturschutz" in Oberelsbach (Rhön) am 11. Juli 1990. Die Bezeichnung der damals noch existierenden DDR wurde dem heutigen Stand nach der Wiedervereinigung von der Redaktion angepaßt.

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

sehen als Lobby oder Anwaltschaft der Natur, also jener stummen Schöpfung, die nicht an den Verhandlungstischen sitzen kann, wenn ihre Zukunft verschachert wird.
Neuerdings kommt eine zweite Aufgabe hinzu, nämlich die Wächterfunktion. Es ist ja in den letzten beiden Jahrzehnten der neue Politikbereich der Umweltpolitik herangewachsen und im Verfolg des hohen Umweltbewußtseins der Bevölkerung ist dieses Thema in aller Munde.
Unsere Aufgabe ist es, die wachsende Diskrepanz zwischen politischem Anspruch und Aussage und dem tatsächlichen Vollzug von Gesetzen und Programmen aufzuzeigen.
An dieser Stelle scheint mir eine dritte Aufgabe immer wichtiger zu werden, nämlich das Zusammenwirken der Naturschutzverbände mit den staatlichen Behörden. Auf beiden Seiten ist mittlerweile hoher Sachverstand herangewachsen, der nicht gegen- oder nebeneinander, sondern miteinander für die zumeist gleichgerichteten Ziele aktiviert werden sollte. Unterschiede bestehen ja zumeist nur in den Wegen, nicht in den Zielen der Umweltpolitik. Für die Fachbehörden des Natur- und Umweltschutzes könnte sich eine solche Symbiose durchaus rentieren, da die Umweltbewegung mittlerweile politisches Gewicht hat.
Fast drei Millionen Mitbürger sind in den über 100 im Deutschen Naturschutzring versammelten Verbänden zusammengeschlossen. Der BUND beispielsweise, um eine kurze Visitenkarte abzugeben, hat heute zweihunderttausend Mitglieder mit alljährlich zehn Prozent Wachstum und ist in 2000 Kreis- und Ortsgruppen flächendeckend in der (alten) BRD – und zwischenzeitlich auch in einigen Ländern der (ehemaligen) DDR – organisiert, er hat über 400 hauptamtliche Mitarbeiter und setzt in seiner Szene etwa 50 Millionen Mark im Jahr um. Parteipolitisch neutral, verstehen wir uns als sehr politische Organisation, die im Naturschutz Gesellschaftspolitik und nicht Parteipolitik sieht, die sich von staatlichen Geldmitteln unabhängig gemacht hat, sich aber auch durch wachsende Spendenangebote aus Industrie und Wirtschaft nicht kaufen läßt. Was wir in hohem Maße besitzen und worauf wir stolz sind, das ist das Engagement unserer Mitglieder und Aktivisten, die alljährlich für über Hundert Millionen Mark praktische Naturschutzarbeit leisten. Hinzu kommt der wissenschaftliche Sachverstand, den uns Hunderte von Experten umsonst zur Verfügung stellen.
Warum, so frage ich mich oft, haben soviele staatliche Behörden notorische Berührungsängste mit dieser Bürgerbewegung?
Meine hauptsächliche Erkenntnis dafür liegt im Politischen. Weil Parteipolitiker selten differenzieren können und den bedingungslosen Gleichschluß zwischen ihrer Programmatik und Verbänden suchen. Klassisches Beispiel dafür ist die Bayerische Staatsregierung, mit der wir in den siebziger Jahren gut zusammengearbeitet haben, bis es zu dem Sündenfall der Kernenergie kam, der im Krieg um Wackersdorf endete. Ähnlich ist es mit der Müllpolitik.
So wurden von der staatstragenden Partei Feindbilder aufgebaut und „die Naturschützer" in ideologische Ecken gestellt, wo sie gar nicht hingehören. Vielmehr haben wir jene konservativen Werte verteidigt, welche die politischen Konservativen leider vergessen haben. Unter die Räder dieser Alles-oder-nichts-Politik kam vor allem der klassische Naturschutz, wo wir ja nun weiß Gott kaum Meinungsverschiedenheiten haben. Weder Biotopkartierung, noch die Ausweisung von Schutzgebieten, noch der Ankauf schützenswerter Biotope, noch die Landschaftspflege-Verbände laufen von alleine, sondern sind auf die Symbiose von Ehrenamt und Staatsbehörde angewiesen.
Wozu also die oftmals übliche Geheimniskrämerei beim Datenaustausch, wozu die Angst, sich öffentlich miteinander vor die bedrohte Natur zu stellen, warum müssen Bürger, die etwas für die Allgemeinheit leisten, immer als Bittsteller dastehen?
Im Zuge der glücklicherweise durchsichtiger werdenden Informationspolitik auf europäischer Ebene werden sich auch bundesdeutsche und sogar bayerische Behörden daran gewöhnen müssen, daß sich die Bürger künftig mehr für die Arbeit der Behörden interessieren.
So ist nach langem Tauziehen endlich am 7. Juni 1990 vom Umweltministerrat der EG die „Richtlinie des Rates über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt" verabschiedet worden mit dem folgenden Ziel:
„Es ist notwendig, in der gesamten Gemeinschaft allen natürlichen und juristischen Personen den freien Zugang zu den bei den Behörden in Schrift-, Bild-, Ton- oder DV-Form verfügbaren umweltbezogenen Informationen über den Zustand der Umwelt, Tätigkeiten oder Maßnahmen, die diesen Zustand negativ beeinflussen oder negativ beeinflussen können, sowie über Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu gewährleisten."

Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß wir künftig möglichst wenig vom Artikel 4 dieser Richtlinie Gebrauch machen und unsere Rechte vor den Gerichten einfordern müssen.
Ich sehe diese perverse Situation in dem notorisch drittrangigen Selbstverständnis, in das uns eine Gesellschaft getrieben hat, in der ein Umweltminister allemal zurückzustehen hat, wenn der Wirtschaftsminister auf die Bühne tritt, in der ein Bauernverband allemal Vorrecht vor einem Umweltverband hat. Den Vorrang der Autobahn vor dem Naturschutzgebiet oder einer Flurbereinigung vor einer Bachrenaturierung ist die logische Folge dieses krankhaft unterentwickelten Selbstwertgefühls.
Ich plädiere damit für eine neue Strategie zwischen staatlichem und privatem Naturschutz:
Einmal, daß wir künftig mehr als bisher zusammenarbeiten, uns also die Bälle für gemeinsame Ziele besser zuspielen. Dies ist ein verbindliches Angebot. Und zum anderen, daß wir uns den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen der 90er Jahre stellen:
Umweltpolitik und Umweltbehörden, welche im Selbstverständnis der 70er Jahre steckengeblieben sind, brauchen heute ein neues Selbstverständnis und mehr Bewußtsein gegenüber den Eingriffsverwaltungen und der Wirtschaftslobby.

Es gibt Wasserwirtschaftsämter, Straßenbau- und Flurbereinigungsämter und Eichämter. Aber es gibt kein Naturschutzamt und kein Umweltamt. Daher ist es höchste Zeit dafür zu sorgen, daß un-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

ser Anliegen wenigstens so ernst genommen wird wie die Tierzucht- und Arbeitsämter.
Oder haben Sie schon einmal einen Umweltminister erlebt, der mit seiner Lobby, den Naturschützern, Hand in Hand zu einem Schauplatz der Naturverteidigung gereist ist, so wie dies Spitzenpolitiker mit Industrievertretern und Geschäftemachern tagtäglich tun?
Dieses Verhältnis muß sich ändern. Wir dürfen uns nicht mehr damit abfinden, daß bei jedem Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren die Naturschutzverbände zwar gehört werden, aber als Randgruppenmeinung in den dreißig anderen Stellungnahmen verschwinden und die Naturschutzbehörde den Kompromiß schon vorher im Hause abgestimmt hat. Wenn dies weiterhin Übung bleibt, müssen wir uns als Verbände aus diesem für uns teueren und nervenaufreibenden Gesellschaftsspiel zurückziehen.
Bei dem von mir geforderten Selbstverständnis setze ich vor allem auf den politischen Opportunismus. Denn spätestens seit den letzten Kommunalwahlen wissen Bürgermeister und Landräte, womit künftig Wahlen gewonnen oder verloren werden.
Die Kolleginnen und Kollegen vom amtlichen Naturschutz bitte ich gelegentlich bei ihren Entscheidungen zu bedenken, daß Naturgesetze mehr Bestand haben als Ministerworte und daß man sich mit einem ehrenamtlichen Naturschützer durchaus auch einmal in der Öffentlichkeit sehen lassen kann.
Umso glücklicher bin ich, daß wir erst vor wenigen Wochen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen künftig gemeinsame Besprechungen, auch auf der Ebene der Regierungsbezirke, vereinbart haben, eine Übung, die sich mittlerweile auf der Bonner und Brüsseler Ebene der Umweltadministration gut bewährt hat.

Bilanz und Perspektiven für eine Umweltpolitik der 90er Jahre

Seit wenigen Tagen gelten ja unsere westdeutschen Umweltschutz- und Naturschutzgesetze auch in der (ehemaligen) DDR oder treten mit Übergangsfristen demnächst in Kraft. Dabei ist die regierungsamtliche Werbemaschinerie bemüht, glaubhaft zu machen, daß unsere Umweltpolitik das Paradies auf dieser Erde sei. Gerade gegenüber unseren Freunden in der (ehemaligen) DDR möchte ich deshalb ein wenig Bilanz ziehen und für die Wiedereinsetzung der Wahrheit werben.
Seit dem 9. November 1989 ist die Auseinandersetzung mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland für uns Naturschützer härter geworden, weil die Deutschlandpolitik alle übrigen Themen verdrängt hat. Hinzu kommt, daß unsere Medien ununterbrochen auf die zweifellos fürchterlichen Schädigungen von Boden, Wasser, Luft und Gesundheit in der (ehemaligen) DDR hinweisen und Vergleiche mit den hierzulande gültigen Vorschriften und Fakten ziehen. Kein Wunder, daß sich die (alt-) bundesdeutschen Politiker seither als umweltpolitische Musterknaben aufspielen und die eigenen Probleme selbstgefällig verdrängen und sich, ähnlich wie in der EG, eine Vorreiterrolle anmaßen, die sie gar nicht haben. Und schon wird uns aus selbstgefälligem Politikermund gesagt, wir sollten doch jetzt bei uns einmal ein wenig langsamer fahren mit demUmweltschutz und zuerst die Schäden in Ostdeutschland zu sanieren helfen.
Dies wäre die schlechteste Konsequenz, die wir für eine grenzenlos gewordene Überlebenspolitik ziehen könnten. Denn beides ist jetzt vonnöten, einmal, daß die internationale Solidargemeinschaft alles daran setzen muß, um die Schäden jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhanges mildern zu helfen, wobei jede Investition dort eine Investition in die gemeinsame europäische Heimat ist, und zum anderen, daß wir das zarte Pflänzchen der bundesdeutschen Umweltpolitik hegen und endlich zu jenem Wachstum voranbringen, das es eines Tages befähigt das zu sein, was unsere Politiker so gerne und so stolz als „Vorbild" in Europa bezeichnen möchten.
Noch sind wir davon nämlich weit entfernt, wenngleich wir nicht leugnen wollen, daß wir in der BRD auf einigen Gebieten des technischen Umweltschutzes, so im Bereich der Gewässerreinhaltung oder bei der Abgassäuberung der Großfeuerungsanlagen besser vorangekommen sind. In anderen Bereichen, so zum Beispiel beim Schadstoffausstoß aus den Kraftfahrzeugen, überrollen uns die Probleme und wir haben weiterhin gegen steigende Luftverschmutzung, steigendes Waldsterben und wachsende Bodenvergiftung anzukämpfen. In der Energiepolitik sind die Schäden und die Verschmutzungen jenseits der Grenzen infolge der Braunkohlepolitik sichtbar, während wir viele Schäden exportieren, sei es im Uranabbau oder bei der Erdölgewinnung. Den Öltod in Alaska sieht man eben an Rhein und Donau nicht.
Wovor wir in diesen Tagen vor allem warnen, ist, unsere Machbarkeits-Denkweise und Technologiegläubigkeit zu exportieren, jene Denkweise, die davon ausgeht, daß alle Umweltschäden leicht zu reparieren und mit Geld zu beheben sind, wenn nur erst die Wirtschaft richtig floriert. Dies ist auch die Leitlinie des ersten Umweltberichtes, den Klaus Töpfer am 3. Mai 1990 vorgelegt hat.
Der Umweltminister nennt die Maßnahmen, die in der laufenden Legislaturperiode eingeleitet worden sind, Schritte zur ökosozialen Marktwirtschaft. Ökosozial heißt, verantwortungsvolle und bewußte Marktwirtschaft, die sich an den Erfordernissen des Umweltschutzes ausrichtet. Der Bericht mit seiner Bevorzugung technologischer Lösungen zeigt jedoch, daß statt dessen der Umweltschutz an die Erfordernisse der Wirtschaft angepaßt werden soll. Wenn die Wirtschaftspolitik weiterhin so betrieben wird wie bisher, d. h. ohne die Rohstoffreserven zu schonen und ohne Umweltschäden zu vermeiden, dann ist Umweltschutztechnik nichts anderes als eine gesellschaftliche Legitimation der Zerstörung.
Es gibt Umweltprobleme, die durch noch so viel Technik nicht in den Griff zu bekommen sind. Dazu gehören die Atomfrage, das Klimaproblem und die schleichende Vergiftung durch Chemikalien, z. B. Pestizide. Die seit Jahren bestehende BUND-Forderung nach Vermeidung statt Reparation von Umweltschäden wird weder im Umweltbericht aufgegriffen noch in der praktischen Politik erfüllt. Aktuelles Beispiel ist der Bereich Auto und Umwelt. Zwar wurde von einer Förde-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

rung des öffentlichen Verkehrs geredet, doch gleichzeitig bricht die Autoindustrie alle Verkaufsrekorde, der Straßenbau schreitet voran – hier ist die Bundesrepublik bereits Weltspitze – und Strecken der Deutschen Bundesbahn werden abgebaut. Statt sich am Verkehrssystem der (ehemaligen) DDR zu orientieren, macht sich unser Bundesverkehrsminister schon jetzt für die Streichung des dortigen Tempolimits und den Ausbau des Straßennetzes stark.

Die in der Regierungserklärung vom 17.3.87 enthaltenen Programmpunkte wie Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz, die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente, ein schlüssiges Konzept zum Schutze von Boden und Trinkwasser, die Sanierung der Nord- und Ostsee, die Linderung der Altlasten oder gar eine umweltverträgliche Chemiepolitik, sowie ein ökologisch orientiertes Naturschutzgesetz und ein Gesetz zur Umwelthaftpflicht oder gar Gefährdungshaftung, sind schlicht und einfach nicht oder nur halbherzig realisiert worden oder am Einspruch von Industrie und Wirtschaft gescheitert.

Dies ist allerdings nur allzu logisch bei einem Regierungskurs, der das Bruttosozialprodukt zum Maß aller Dinge erhoben hat, an die technische Machbarkeit aller Probleme glaubt und in eine umweltpolitische Grundsatzdebatte gar nicht erst einsteigt, geschweige denn die Sinnfrage von Fortschritt und Wachstum stellt oder die Nullösung als politische Variante zuläßt. Noch schlimmer: Steuer- und Investitionsanreize für umweltverträgliche Investitionen laufen im nächsten Jahr aus und die rationelle Energienutzung oder intelligentere energiepolitische Alternativen bleiben dem freien Markt vorbehalten. Umweltpolitik bekommt eben den Spielraum, den ihr der Wirtschaftsminister läßt. Die in letzter Zeit beschlossenen Gesetze zur Förderung der Gentechnologie, zur Erleichterung des Immissionschutzes bei der Sondermüllverbrennung oder das Wohnbauerleichterungsgesetz und ein Chemikaliengesetz, bei dem die Altlasten ausgespart wurden, sind schlimme Zeugen dieser Denkweisen.

Obwohl in den Koalitionsvereinbarungen eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes angekündigt ist, beschränkte sie sich auf ein paar Korrekturen der Tarifordnung. Hinzu kommt die einseitige Festlegung der Forschungsmittel auf die Großstrukturen der Atomindustrie, wodurch die Innovationen im dezentralen, kleinstrukturierten und alternativen Bereich blockiert werden. Forschungsministers Riesenhuber Milliarden, die vorrangig in Projekte der Reaktorsicherheit, der Hochtemperaturreaktoren und der Fusionsenergie gehen, helfen einer umweltfreundlichen Energieversorgung nicht. Der Minister hätte besser bei der Bundestags-Enquête-Kommission „Zum Schutz der Erdatmosphäre" nachgefragt und das Geld für rationelle Energienutzung oder Solarenergiespeicherung angelegt. Nur so kann schnell etwas gegen den drohenden Klimakollaps getan werden.

Die Regierungsvertreter aller Staaten, die Ende Juni in London über Maßnahmen gegen die Ausweitung des Ozonlochs verhandelten, konnten sich weder auf einen schnelleren Ausstieg aus der FCKW-Produktion noch auf ein geeignetes Finanzierungssystem für die Unterstützung der Entwicklungsländer einigen. Vor lauter Angst, einen Präzedenzfall für die unbürokratische Behandlung eines globalen Umweltproblems zu schaffen, suchten die Delegierten in spitzfindigen Diskussionen um die Formulierung einzelner Paragraphen nach einer Stopfnadel für das Ozonloch. Zwar waren alle der Meinung, daß ein schnellerer FCKW-Ausstieg dringend nötig ist. Alle ziehen sich jedoch hinter das Argument zurück, daß sie keine besseren Ergebnisse erzielen könnten, weil die Kosten für den Ausstieg – Experten benennen sie mit ca. 240 Millionen US-Dollar für die ersten drei Jahre – nicht bei den jeweiligen Finanz- und Wirtschaftsministern durchzusetzen seien. Es war offensichtlich, daß sich die Delegierten schon geistig auf die nächste Konferenz in ein oder zwei Jahren vorbereiten, bei der sie das aktuelle Szenario wieder ein klein wenig verbessern würden. Auf diese Weise werden noch viele Konferenzen folgen müssen, bis wirklich ernsthafte Schritte unternommen werden. Dabei drängt die Zeit: Eine bei der Konferenz vorgestellte norwegische Studie zeigt, daß auch über Deutschland und der Schweiz seit 1967 eine etwa zehnprozentige Ozonverminderung eingetreten ist. Auch in finanzieller Hinsicht ist das Hinausschieben von Entscheidungen kurzsichtig. Der Ausstieg wird immer teurer, je länger damit gewartet wird.

Bleibt noch die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, die nicht nur an der Finanzierung gescheitert ist, denn schließlich hätte sie nicht mehr gekostet als die Mittel, welche der Verteidigungsminister alljährlich für die Übungsmunition ausgibt, oder was der Ankauf der überschüssigen Milchquoten gekostet hat.

Bei diesem Gesetz ginge es vielmehr um das Einfordern einer Denkweise, welche der Natur einen Wert an sich einräumen würde.

Daß dies ausgerechnet an den christsozialen Parteien gescheitert ist, läßt sich nicht als ein Treppenwitz der Geschichte abtun, sondern liefert den Beweis dafür, daß diese Parteien ihre Werte bei Banken und Börsen abgeliefert haben.

Da hilft auch nicht, daß der Herr Bundeskanzler immer wieder betont, die Bewahrung der Schöpfung sei Leitlinie seiner Politik, oder daß er dem Papst in Rom zu seiner Friedensbotschaft über die weltweite Verantwortung für die Bewahrung der Umwelt gratuliert, wenn zwischen Anspruch und Wirklichkeit derartige Lücken klaffen.

Mögen die politisch Verantwortlichen endlich erkennen, daß die Zeit der faulen Kompromisse abgelaufen ist und daß sich Naturgesetze mit politischen Mehrheiten auf Dauer nicht ungestraft übertreten lassen.

Alle Zerren an dem grünen Band

Vier Wochen nach dem Fall von Mauern und Grenzzäunen, am 9. Dezember 1989, formulierten die über vierhundert nach Hof in Bayern gekommenen Naturschützer der (ehemaligen) DDR und der BRD ihre „tiefe Besorgnis, es könne die einmalige Chance verpaßt werden, aus dem 1378 Kilometer langen ehemaligen Todesstreifen entlang der deutsch/deutschen Grenzen ein grünes Band des Friedens zwischen Mensch und Schöpfung zu erhalten."

Bonns Umweltminister Klaus Töpfer stimmte dieser „großartigen Idee" im Deutschen Bundestag ebenso zu wie die Umweltminister der west-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

deutschen Bundesländer und der Runde Tisch unter der damaligen Regierung Modrow.
Die Argumente der Naturschützer waren schließlich einleuchtend, denn wo sonst als im ehemaligen Grenzstreifen könnte überzeugender zur Wirklichkeit werden, was die EG-Umweltpolitiker in ihrer Vision von einem „Netzwerk des Lebens" formuliert und in der sogenannten FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) niedergelegt haben.

Viele Rote Listen-Arten

Nichts kennzeichnet die Situation des Naturschutzes als Restflächenverwerter und das Fehlen von großflächigen, konsequent gesicherten Vorranggebieten des Naturschutzes in beiden deutschen Staaten besser als die traurige Tatsache, daß dieser bis zu 100 m breite Grenzstreifen einschließlich des mehreren Kilometer breiten Sperrbereichs auf DDR-Gebiet zwar eine Todeszone für den Menschen war, gleichzeitig sich aber zur letzten zusammenhängenden Überlebenszone für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten entwickeln konnte.
Denn im Gegensatz zur intensiven Landnutzung und Zerschneidung des Landes durch Verkehrsbänder beiderseits der Grenze, war dieser Grenzbereich erzwungenermaßen beruhigt, weitgehend sich selbst überlassen und frei von Dünger und Pestizideinsatz, so daß sich eine hohe Biotop- und Strukturvielfalt entwickeln konnte.
Es ist letztlich makaber, aber eine ökologische Notwendigkeit, wenn sich deshalb der Naturschutz heute beiderseits der Grenzen für eine Sicherung dieses Grenzstreifens einsetzt, um damit den größten zusammenhängenden naturnahen Lebensraum in Deutschland zu sichern.
Ganze Artenbestände hängen mittlerweile vom ehemaligen Grenzstreifen ab. Im Landkreis Coburg zum Beispiel leben von ca. 100 Brutpaaren des Braunkehlchens allein 90 in diesem Streifen. Ebenso hoch ist der Prozentsatz beim Brutbestand anderer Arten der „Roten Liste" wie Grauammer, Ziegenmelker oder Raubwürger. Hekkenvögel wie Dorngrasmücke und Neuntöter sind regelmäßig und in hoher Dichte im „Grenzstreifen". Arten wie Birkenzeisig und Kornweihe brüten *nur* im „Grenzstreifen" Im Landkreis Kronach sind die letzten Birkwild-Vorkommen Oberfrankens im Grenzstreifen zur ehemaligen DDR zu finden.
Nach Untersuchungen des Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN), Jena, sind die Ansiedelungen des Schwarzstorches in Thüringen seit 1984 alle im Sperrbereich erfolgt. Außerhalb kam es wegen Störungen nie zu erfolgreichen Bruten. Beim Uhu entstammen in den letzten 30 Jahren die meistern flüggen Jungen aus den Bruten im störungsarmen Grenzgebiet.

Wildwestmethoden im rechtsfreien Raum

Während ein deutsch/deutsches Kartierungsprogramm mühsam im Anlaufen begriffen ist, schaffen Eingriffsverwaltungen und Geschäftemacher wieder einmal Tatsachen.
Hier nutzt ein westdeutscher Bürgermeister, dem gleichzeitig eine Baufirma gehört den rechtlichen Freiraum, um auf benachbartem „DDR-Gebiet" seinen Bauschutt ins Braunkehlchen- und Bekassinerevier zu kippen, dort werden schnell ein paar Schilfbiotope zu Intensiv-Fischteichen umfunktioniert oder Sandgruben ausgehoben und andernorts brechen gigantische Pflüge das grüne Band wieder zu Ackerland um, damit ja die künftigen EG-Getreideberge nach einem Beitritt des anderen Deutschland weiterwachsen können.
Folgerichtig hat der Bayerische Bauernverband den Naturschutzplänen entlang der Grenze eine strikte Absage erteilt und die Rückübertragung der Grundstücke auf die Landwirtschaft gefordert.

Dies zieht für eine ganze Reihe sogenannter „Rote Listen-Arten" das Aus nach sich: Für die letzten Birkwildbestände ebenso wie für Schwarzstorchbiotope, durch welche neue Wanderwege gelegt werden sollen.
Über einhundert Anträge auf Feriensiedlungen sind bereits gestellt, die Angler wollen naturnahe Wasseramsel- und Perlmuschel-Bäche zurückhaben und die Drachenflieger bedrohen Uhu- und Wanderfalken-Horste.
Auch die Tourismusindustrie steht in den Startlöchern; denn zwanzig Prozent der Bundesbürger wollen sich die „Natur drüben" einmal anschauen, vor allem auch die Grenzgebiete.
Schon machen bayerische Politiker ihre verqueren Rückzugsmanöver: „Wo kämen wir hin, wenn dieser Schutzstreifen uns für immer an diese schrecklichen Zeiten erinnern würde"

Die Kosten einer Umweltunion

Niemand hat je gefordert, daß die 1378 Kilometer Grenzstreifen insgesamt unter Schutz gestellt werden sollen, sondern nur die wertvollsten Teile daraus, das mögen etwas weniger als tausend Kilometer sein.
Bei einer angenomenen durchschnittlichen Breite von 50 Metern, also ca. 50000 ha Land, das ist ebensoviel wie der Bundesverkehrsminister an Lebensraum verprassen will, um neue Straßen in Ostdeutschland und dorthin zu bauen.
200 Milliarden Mark will er dafür haben.
Und der Naturschutz? Wieder einmal scheint das Bewahrende hinter dem Geschäftemachen herzuhinken, wieder einmal wird zu Tode geforscht, statt gehandelt. Einstweilige Sicherstellungen, seit dem 9. November 1989 immer wieder gefordert, bleiben in Behördenmühlen stecken.

„Aufkaufen müßten wir das Land jetzt", sagen die Naturschützer vor Ort. Aber niemand will Geld dafür lockermachen. Die Mittel fürs erste, etwa 60 Millionen Mark für die wertvollsten Biotope, drei Promille dessen, was der Verkehrsminister investieren will, fehlen. Wieder einmal stehen Milliarden gegen Almosen.
Der Naturschutz wurde auch im Staatsvertrag geflissentlich vergessen; zwar gibt es ein Papier zur Umweltunion, aber „über Geld können wir derzeit noch nicht reden", sagen die Umweltpolitiker. Als der BUND von über vierhundert Milliarden sprach, um die marode Umwelt wenigstens an die ohnedies nicht paradiesischen westdeutschen Standards anzugleichen, war wieder einmal von Panikmache die Rede.

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Amtliche Beschlußlage stimmt

Nur die ministerielle Beschlußlage vom 5. Februar 1990 stimmt mit den Forderungen der Naturschützer überein:
„Es ist zu beachten, daß die Gebiete für den Naturschutz auf Dauer nur erhalten bleiben können, wenn sie
- in ein großräumiges Biotopverbundsystem eingebunden werden und
- gegen aggressive, naturferne Landnutzungsformen abgepuffert werden.

Geeignete Entwicklungsansätze liegen mit dem Vorschlag der FFH-Richtlinie/NATURA 2000 und dem Biosphären-Reservat-Programm vor.
Darüber hinaus eröffnet dieser Vorschlag in besonderer Weise die Möglichkeit, umwelt- und friedenspolitisch ein national und international unübersetzbares Zeichen zu setzen."

Einen Monat später, am 1. März 1990, hat das Bonner Umweltministerium diese Aussagen konkretisiert und die grenzübergreifenden Gebiete am Drömling, am Schaalsee, im Spreewald und in der Schorfheide als für den Naturschutz gesamtstaatlich bedeutend erklärt und damit deren etwaige Nationalparkfähigkeit ins Gespräch gebracht.
Großflächige, grenzüberschreitende Schutzgebiete, seien es nur Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder Naturparke, soll es im Harz, entlang der Elbe, zwischen den Haßbergen und dem Thüringischen Grabfeld und im Frankwald geben.
Schließlich will man in gemeinsamen Arbeitsgruppen erforschen und planen, welche Teile aus dem Grenzstreifen eines Tages als schutzwürdige Gebiete anerkannt werden.
Hoffentlich kommen diese Empfehlungen nicht zu spät.

Biosphären-Reservat Rhön

Für die Hohe Rhön und die Lange Rhön, die sich über die Länder Hessen, Bayern und Thüringen hinziehen, ist ein Biosphären-Reservat im Gespräch.
Diese Schutzgebietskategorie, mit der die (ehemalige) DDR bereits gute Erfahrungen gemacht hat, mit ihrem Wechsel aus Kern- und Pufferzonen, ist zweifellos am besten für die Erhaltung einer großflächigen Kulturlandschaft mit nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen und touristischen Nutzungsformen geeignet. Forderungen nach einer derartigen Schutzkategorie hatte ja der BUND bereits vor 13 Jahren erhoben, als für die Hohe Rhön der – ungeeignete – Schutzmantel eines Nationalparks erwogen worden war.
Vor allem sind auch die größten Liegenschaften des BUND, die 32 ha großen Gossenwiesen in unmittelbarem Anschluß an das Naturschutzgebiet Lange Rhön im Kerngebiet eines künftigen Biosphären-Reservats angesiedelt. Dieses herrliche, mosaikartig strukturierte Gelände mit blumenreichen Wiesenflächen, Hecken, Waldparzellen, Buchen-und Erlenwald, Quellen, Bachläufen, Flachmooren, Naßwiesen und Hohlwegen ist ein Stück Hohe Rhön im Kleinen. Der BUND hat zur Erhaltung dieses Biotopmosaiks schon ein eigenes Naturschutzkonzept entworfen, in dem die Erhaltung der alten Haustierrasse der Rhönschafe und die Sicherung eines kleinbäuerlichen Familienbetriebs gekoppelt wird mit der Pflege einer alten Kulturlandschaft und dem Schutz wertvoller Lebensräume. Mit Hilfe des Bezirks Unterfranken und vieler privater Geldspender ist er Besitzer einer eigenen Rhönschaf-Herde geworden. Die Rhönschafe sollen den durch die Beweidung entstandenen Charakter der Kulturlandschaft Rhön erhalten.

Was kostet die Umweltunion? Gedanken zur Wiedervereinigung der Umweltschäden

Die schreckliche Diskrepanz zwischen dem angeblich so hohen Umweltbewußtsein und einer ungebrochenen Wachstumseuphorie wird angesichts der Wiedervereinigungsdiskussion in diesen Tagen überdeutlich.
Nach dem Wahlsieg der DMark steigen die Aktienkurse, Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Banken rühmen sich mit Erfolgsmeldungen über Rekordwachstum und einem nie dagewesenen Anstieg des Bruttosozialprodukts. Vier Prozent Wachstum im Jahre bringe der DDR-Impuls, heißt es.
Der Deutsche Industrie- und Handelstag spricht von den glänzendsten Wachstumszeiten und der Höchstform von Zuwächsen in den meisten Wirtschaftsbereichen. Eine Auftragsflut von vier Billionen Mark, sagt die Bauindustrie, rolle in den neunziger Jahren auf uns zu.
In dieser Situation muß auch die Kehrseite der euphorischen Jahreswirtschaftsberichte und quantitativen Wachstumsprognosen kritisch hinterfragt werden und es müssen die kranken Böden , der sterbende Wald, atemwegerkrankte Menschen oder das pestizidverseuchte Trinkwasser und belastete Lebensmittel in dieser Wohlstandsbilanz genauso Berücksichtigung finden, wie der Verlust an den nicht quantifizierbaren Erlebniswerten der Natur.
Umweltschäden in der von amtlichen Stellen geschätzten Mindesthöhe von weit über einhundert Milliarden Mark im Jahr werden dabei verheimlicht und der Nachwelt als Hypotheken aufgebürdet.
Eine Gesellschaft kann sich aber nicht auf Dauer auf dem Rücken der Natur und zu Lasten der Nachgeborenen ausleben. Sie müßte nach Meinung von Fachleuten wenigstens einen Anteil von etwa fünf Prozent des Bruttosozialproduktes zur Wiedergutmachung zurückstellen, was derzeit allerdings mit nur einem Prozent der Fall ist. In der DDR sind (bzw. waren) es 0,4 Prozent und weltweit weit weniger als 0,1 Prozent.
Dabei darf auch die Frage nach dem Stellenwert unserer Kultur erlaubt sein, denn daß ausgerechnet die Protagonisten von Wachstum, Bruttosozialprodukt und Schöpfungsschlußverkauf auch noch als die „Fünf Weisen" tituliert werden, spricht für sich. Denn was ist das für eine Kultur, in der das Bruttosozialprodukt steigt, aber die Quellen sinken und die Vogellieder verstummen!
Kennzeichnend ist auch die Tatsache, daß diese Erfolgsmeldungen und Berichte wie Evangelien behandelt und tagelang in Parlamenten und Medien abgefeiert werden, während das nur alle fünf Jahre vogelegte Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen zu einer späten Abendstunde vor sechzehn Abgeordneten im Deutschen Bundestag abgehakt wird. Und dies, obwohl das von hohem Sachverstand getragene und sehr teuere Werk zu dem Ergebnis kommt, daß die

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

„Sorge um den Zustand und die Zukunft der natürlichen Umwelt ... heute sogar noch pessimistischer ist als dies vor zehn Jahren (1978) dargestellt war."

Allerdings mehren sich bei Statistikern und vor allem bei zeitgemäß, also ökologisch denkenden Nationalökonomen die Stimmen, welche diese falsche Währung des Bruttosozialproduktes durch eine ehrlichere Bewertungsgrundlage ersetzen möchten.

Dazu müßte bei den Jahreswirtschaftsberichten die Wiederverbindung von ökonomischen und ökologischen Belangen im Sinne der Fortentwicklung der sozialen zu einer ökosozialen Marktwirtschaft endlich Platz greifen. Leider verweigern sich aber die Fünf Weisen als Gralshüter des Bruttosozialprodukts noch immer dieser simplen Erkenntnis.

Es ist in diesen Tagen soviel vom Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands die Rede. Und schon formulieren die Eingriffsverwaltungen und Geschäftemacher ihre Prognosen: Mindestens hundert Milliarden koste der Ausbau der Verkehrswege in der DDR in den neunziger Jahren, sagt der Bundesverkehrsminister und 260 Milliarden, meinen Wirtschaftsforscher, kostet die Verkehrsbewältigung in Westdeutschland bis zum Jahre 2000. Ein Beispiel nur von vielen.

Deshalb sei hier einmal der vorsichtige Versuch unternommen aufzulisten, was denn die Wiedervereinigung allein im Bereich der Umwelt wirklich kostet, denn schließlich bedeutet dieser Vorgang ja auch die Vereinigung von Umweltschäden und von Umweltsorgen. Bei den von Fachleuten geschätzten Zahlen kommt es dabei auf ein paar Milliarden hin und her gar nicht an, denn selbst die Untergrenzen-Werte offenbaren eine gespenstische Dimension der Umwelt-Kosten in den 90er Jahren. Allein um den Anschluß der DDR an die Umwelt-Standards der BRD zu erzielen, werden für die Sanierungsmaßnahmen bei der Luftreinhaltung, insbesondere beim Umbau der Energiewirtschaft 220 Milliarden Mark veranschlagt, für die Gewässerreinhaltung rechnen die Fachleute mit weiteren 120 Milliarden und für die vordringlichsten Bodensanierungen und die Sanierung von gefährlichen Industriestandorten 70 Milliarden. Allein diese drei Investitionsposten mit einem Gesamtvolumen von 410 Milliarden Mark sind als Sofortmaßnahmen einzustufen, nachdem in den Wirtschaftszentren der (ehemaligen) DDR heute schon jedes zweite Kind an Atemwegserkrankungen leidet. Würden diese Investitionen getätigt, wäre damit aber erst der Anschluß an unser Niveau gewährleistet. Von hier ab beginnt unsere gemeinsame Sorge um die Umwelt in Deutschland. Wenigstens 70 Milliarden in der alten BRD und 50 Milliarden in den neuen Bundesländern werden unter dem Stichwort „Chemiepolitik und Altlasten" fällig und zur Sanierung kontaminierter Böden in der Land- und Forstwirtschaft bedürfte es zusammengerechnet 60 Milliarden Mark in beiden Teilen Deutschlands. Die Wiederherstellung unbelasteten Trinkwassers kostet 90 Milliarden im Westen und 30 Milliarden im Osten, die Verbesserung der Abwasserreinigung 80 und 30 Milliarden. Hinzu kommt die Reparatur von mittlerweile defekt gewordenen Leitungssystemen, welche die Bauindustrie auf 140 Milliarden beziffert. Übrigens ein klassisches Beispiel dafür, daß durch Umweltschutzmaßnahmen keine Arbeitsplätze gefährdet sind, weil es für die Bauwirtschaft unerheblich ist, ob sie Straßen oder Kanäle baut. Bleibt noch die Umstellung der Agrarfabriken und Massentierhaltungen auf umweltfreundliche, biologische Methoden mit einem geschätzten Aufwand von 60 Milliarden im Westen und 40 Milliarden im Osten. Wenn wir dann auch noch eine umweltfreundliche Verkehrspolitik in einem wiedervereinigten Deutschland einschließlich der Lärmschutzmaßnahmen verwirklichen möchten, sind 260 Milliarden im Westen und 170 Milliarden im Osten fällig. Die Bewältigung der Müll- und Sondermüllhalden wird uns in den neunziger Jahren 210 Milliarden, die Behebung von Schäden an der Nord- und Ostsee 30 Milliarden und in den Alpen 20 Milliarden kosten. Für aktive Naturschutzmaßnahmen ist dabei noch keine Mark berechnet, sondern nur für die Wiedergutmachung unserer Sünden der letzten dreißig Jahre. Was der Schutz der Natur als „Wert an sich" kostet, entzieht sich bekanntlich solchen ökonomischen Überlegungen ohnedies. Mit dem Denkmalschutz, der bei diesen Überlegungen ebenfalls nicht berücksichtigt wurde, verhält es sich ähnlich.

Zusammengerechnet kostet die Bewältigung der gewichtigsten Umweltprobleme in diesem Jahrzehnt also 1,75 Billionen Mark, das sind eintausendsiebenhundertfünzig Milliarden insgesamt oder 175 Milliarden in jedem Jahr – eine heile Umwelt wird also in jedem Falle sehr teuer werden!

Nachdem mittlerweile selbst die Konjunkturforscher und die Spezialisten des Bruttosozialprodukts zugeben, daß durchaus zehn Prozent dieses Bruttosozialprodukts an Umweltschäden schnell zusammenkommen können; wenn man das Öko-Sozialprodukt ehrlich erfassen würde, nimmt sich die Zahl von 175 Milliarden Mark recht realistisch aus, weil allein in Westdeutschland das Bruttosozialprodukt im Jahr 1989 bei 2,26 Billionen lag. Unsere Kostenschätzung bewegt sich also eher an der Untergrenze.

Die Deckungsvorschläge zur Finanzierung dieser Riesensummen werden in vielfältigen Bereichen überzogener und sinnloser Konsumgewohnheiten, von der Energieverschwendung bis zum Zivilisationsplunder oder im Verpackungsterror gesucht werden müssen. Einsparungen durch intelligenteren Energie- und Rohstoff-Einsatz, die Absage an unbezahlbar gewordene Großstrukturen und an eine grenzenlose Mobilitäts- und Autodenkweise kann uns dabei weiterhelfen, ohne daß wir dadurch Einbußen am tatsächlichen Wohlstand erleiden.

Selbstverständlich wird der Verbrauch und der Gebrauch von Natur und von Rohstoffen, von Boden, Wasser, Luft und Landschaft als wertvolle und teuere Parameter einer ökosozialen Marktwirtschaft viel mehr kosten als bisher. Zweckgebundene Umweltsteuern und Abgaben werden die unabdingbaren Folgen einer Überlebenspolitik sein. Vor allem Energie, ob Strom oder Kraftstoffe, wird deshalb teuer werden.

Auch die bisherigen Grenzwertphilosophien und die Risikorechnungen müssen durch ernsthafte

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Vermeidungsstrategien im Sinne des Vorsorgeprinzips ersetzt werden. Aber auch das Verursacherprinzip bedarf einer konsequenteren Anwendung, damit nicht wie bisher zu Lasten der Umwelt zwar Gewinne gemacht, die Behebung der Umweltschäden aber sozialisiert werden können.
Nachdem die innere Verteidigung unserer Lebensgrundlagen die herkömmlichen Feindbilder abgelöst hat, ist der Militärhaushalt unser wichtigster Deckungsvorschlag auf diesem Weg in eine Überlebensgesellschaft. Bei diesem Deckungsvorschlag darf es nicht nur um ein paar Kürzungen im Militärhaushalt gehen, sondern wir müssen uns zu einer völlig neuen Verteidigungssituation bekennen:
Weil die Verteidigung unserer Lebensgrundlagen wichtiger geworden ist, weil zusätzlicher Landschaftsverbrauch und zusätzliche Naturzerstörung durch Kriegsspiele absurd geworden ist, muß die Intelligenz aller Generäle dieser Welt zum Frieden mit der Schöpfung mobilisiert und es müssen Arbeitsplätze durch Umrüstung geschaffen werden.
Wenn uns beispielsweise deutsche Wirtschaftsfachleute sagen, daß man heute mit zehn Milliarden Mark einhunderttausend Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie oder dreihunderttausend Arbeitsplätze im Umweltschutz schaffen kann, dann müßte doch unstrittig sein, wohin der bundesdeutsche Wehretat von 54 Milliarden DM im Jahre 1990 oder wohin die hundert Milliarden für den Jäger 90 umgeschichtet werden müssen – nämlich in die Umwelt 2000!

Wer aber beispielsweise, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, noch in dieser Zeit die durch Abrüstungsverhandlungen entbehrlich werdenden Waffen im Wert von 30 Milliarden Dollar an Länder der Dritten Welt verschachert und sich gleichzeitig noch 1990 mit wirtschaftlichen Argumenten gegen ein weltweites Verbot von Treibgasen sperrt, der betreibt nicht Friedenspolitik, sondern führt Krieg gegen Mensch und Schöpfung und muß dafür von der Völkergemeinschaft angeprangert werden. Mit diesem Verhalten haben die USA die Klimakatastrophe zum Regierungsprogramm erhoben.

Es wäre fatal, würden wir in diesen Tagen der Wiedervereinigung unsere falsche Philosophie einer Umweltpolitik in die neuen Bundesländer exportieren, welche den Keim der Umweltzerstörung in sich trägt, indem sie Wirtschaftswachstum postuliert, um damit anschließend die angerichteten Schäden reparieren zu können.

Jetzt aber ist die Korrektur statt Reparatur gefragt und zwar die Korrektur der Denkweise.
Darin bestünde die einmalige Chance und die Herausforderung, daß bei einer Wiedervereinigung ein paar Fehler nicht wiederholt werden. Stattdessen sollten wir mit dem ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft beginnen, ehe er unbezahlbar wird.

Hierzu ist auch die internationale Solidargemeinschaft in Europa gefordert und es muß die Vision von einer gemeinsamen europäischen Heimat, die bislang zu einseitig nach Westen hin orientiert war, neu formuliert werden. Ziel dabei sollte es sein, die Wirtschaftsgemeinschaft endlich zu einer Umweltgemeinschaft fortzuentwickeln. Es wäre aber ein Verrat an der europäischen Idee, wenn diese durch die Befreiungsvorgänge im Osten nur um einige zehn Millionen Verbraucher aus der (ehemaligen) DDR und der CSFR erweitert oder als Verschiebebahnhof nicht-konsensfähiger Umweltsünden mißbraucht würde. Es ist soviel von einem europäischen Haus die Rede. Was aber wäre ein Haus ohne seinen Garten. Diesen Garten als die Basis der abendländischen Kultur zu bewahren, sollte den Verantwortlichen daher genauso am Herzen liegen wie die Steigerung des Bruttosozialprodukts.
Vom Bundesumweltminister hörten wir den Vorwurf, daß unsere Zahlen nicht seriös genug seien und daß niemand so recht wisse, was die Umweltunion und was eine lebenswerte Zukunft wirklich koste.
Umso wichtiger wäre es, solche Schätzungen durch Untersuchungen zu erhärten und es ist einmal mehr bezeichnend für den Stellenwert der Umweltpolitik, daß schon am 16. Dezember '89, also sechs Wochen nach der deutsch/deutschen Grenzöffnung ein wirtschaftspolitisches Gutachten des Bundeswirtschaftsministers vorgelegt wurde, während der Sachverständigenrat für Umweltfragen gar nicht erst gehört, dafür aber auf die Hälfte seiner Fachleute zusammengekürzt wurde.
Unstrittig ist bei all dem Zahlenspiel, daß sich die jährlichen verschleierten Kosten, welche der Volkswirtschaft durch Umweltschäden entstehen, in dreistelliger Milliardenhöhe bewegen, wobei die Bandbreite von hundert bis hundertsiebzig Milliarden im Jahr reicht.
Grund genug, um die Ökonomie an der Ökologie auszurichten, solange eine heile Umwelt noch bezahlbar wäre.

Machtwechsel

In diesen Tagen wird die Welt neu geordnet und die Zeitzeichen stehen auf Sturm. Mit dem Fallen der Völker-Grenzen und mit dem Wanken der Großstrukturen verschärfen sich immer deutlicher die Grenzsituationen für die Menschheit selbst.
Am Ende dieses Jahrtausends durchläuft das Lebewesen Erde die größten Veränderungen seit der letzten Eiszeit und auch die Art Mensch selbst ist in diesem Umbruch begriffen. Längst hat sich doch die Natur zu Wort gemeldet:

- Im Verstummen der Vogellieder und Verlust der Artenfülle
- im Schwund von Boden und Grundwasser
- in wachsenden Wüsten und giftigen Meeren
- in Himmelslöchern und in Stürmen, welche die Erde beuteln und auf den Klimawechsel hinweisen. 38 ha Tropenwald werden in jeder Minute abgehackt!
- In kahlen, klagenden Wäldern, in atem- und krebskranken Menschenkindern.
- In Armut und Hunger der wachsenden Menschenfamilie in der Dritten Welt.

Drei Menschen werden in jeder Sekunde geboren. 260 000 sind das mehr, welche während dieser Oberelsbacher Tagung die Erde bevölkern und 260 000 Hektar Wälder weniger. In dieser Situation wird manche Diskussion zweitrangig, welche die Menschheit in der Vergangenheit beschäftigt hat, weil ein Machtwechsel im Gange ist, weil die Zeit des überkommenen Denkens, des Fort-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

schrittglaubens und der Macht über die Erde abgelaufen ist.
Jetzt kommt die Macht der Erde über uns und es wird sich zeigen, ob die Menschheit in der Lage ist, nach der kriegerischen Bedrohung der Völker den Krieg gegen die Schöpfung zu beenden.
Jetzt, wo alte Feindbilder und Rechts- oder Links-Schemata verblassen und Grenzzäune fallen, steht plötzlich das nackte Überleben der Art Mensch in seinem gemeinsamen, einzigen Haus Erde zur Disposition, und wir beginnen langsam zu begreifen, daß es in diesem Haus keinen abgeschirmten Salon mehr gibt, in dem eine reiche Minderheit so sorglos wie bisher ihre Schachspiele mit dem Leben fortspielen kann.
Eine weltweite Gemeinsamkeit ist daher im Wachsen begriffen und es besteht die Hoffnung, daß mit der Ablösung der Machergeneration und mit dem Untergang der altgewordenen Denkschemata die Vision eines Jahrhunderts des Lebendigen heraufzieht, das die schreckliche Phase der Lebensfeindlichkeit auf dieser Erde ablösen könnte.

Grenzen der Weltbewohnbarkeit

In letzter Zeit ist viel davon die Rede, wo denn die Belastbarkeits- oder Tragfähigkeitsgrenzen für das Leben der Art Mensch auf dieser Erde liegen. Dabei ist eine Rechnung unstrittig: Wenn jeder Bewohner dieser einzigen Erde genausoviel an Rohstoffen und Energien verbrauchen würde wie wir – und wer möchte ihm dieses Wachstumsziel nicht zubilligen – dann wäre unser Globus in Kürze leergefressen. In den industrialisierten Ländern leben weniger als 25 Prozent der Weltbevölkerung, und trotzdem verbrauchen diese Länder 75 Prozent der gesamten genutzten Energie, 79 Prozent aller kommerziellen Brennstoffe, 85 Prozent der gesamten Holzproduktion und 72 Prozent der Stahlproduktion. So fahren jetzt beispielsweise 20 % privilegierte Erdbewohner mit 450 Millionen Autos herum. Auf die gesamte Menschheit umgerechnet wären dies 2,5 Milliarden Autos und gleichzeitig das Aus für die Atmosphäre.
Also bleibt uns, die wir am meisten verprassen und die wir auch Hauptschuldige sind an der Umweltmisere, nur der eine anständige Weg offen, unsere ökologische Apartheidspolitik sofort zu beenden. Anstatt anderen gute Lehren zu erteilen, müssen wir unseren überzogenen Wohlstand freiwillig zurückschrauben, bevor wir durch weltweite Verteilungskämpfe gewaltsam dazu gezwungen werden.
Bei solchen rein anthropozentrischen Überlegungen haben wir immer nur uns Menschen als die legitimen Bewohner des gemeinsamen Hauses Erde gesehen. Wer darüber hinaus an die ganz anderen denkt, an jene stummen Mitgeschöpfe, die als Schwester Linde oder Bruder Igel, als Vogel oder Schmetterling, als Fisch oder Wasserfloh, als Regenwurm oder Collembole, als Blüte und Blume oder als Haustier und Nutzpflanze ein Lebensrecht und einen Wert an sich besitzen und im Kreislauf des Lebendigen unser Sein erst ermöglichen, wer also die gesamte Schöpfung als unsere Mitbewohner respektiert, der wird sich sowohl im persönlichen Verbrauch wie auch in der eigenen Reproduktion einzuschränken haben.
Das Nullwachstum der Menschheit würde bereits alle Kräfte herausfordern, um den jetzt lebenden mehr als 5 Milliarden eine menschenwürdige Umwelt zu erhalten. Eine neue Philosophie des Überlebens wäre dazu nötig, eine Denkweise, die allerdings einer Revolution gleichkäme. Kleinkarierte Politikbereiche müßten zu einer Ganzheitspolitik zusammengeführt werden. Statt nationale Egoismen wäre eine Menschheitspolitik, noch besser eine Schöfpungspolitik gefragt. Denn bei all unseren Belastbarkeits- und Grenzwert-Szenarien oder Restrisikophilosophien nehmen wir ausschließlich an der Art Mensch Maß, ohne daß wir an die anderen Mitbewohner dieser gemeinsamen Erde denken. Das sind aber immerhin zwei bis drei Millionen Arten.
Selbst bei zutiefst anthropozentrischem Denkansatz wäre indes eine solche Rücksichtslosigkeit gegenüber den „anderen Hausbewohnern" dumm, weil mit dem Verlust einer jeden Art die Tragfähigkeit des gesamten Lebens, in das wir Menschen auf Gedeih und Verderb verwoben sind, brüchiger wird. Denken wir also in Zukunft, wenn von Familienplanung die Rede ist, auch an die Tier- und Pflanzenfamilien, denen im Schöpfungsplan ebenso ein Wohnrecht zugeteilt war wie uns selbst. Aber wir fünf Milliarden Menschen nehmen für uns 40 Prozent der pflanzlichen Primärproduktion in Anspruch.
Nashorn, Storch und Seehund, Tanne, Tropenwald und Stiefmütterchen, ein Schmetterling und ein Rotkehlchen – sie allesamt als Mitgeschöpfe, als Schwestern und Brüder der Menschenfamilie zu begreifen, dies wäre jene erwähnte revolutionäre Denkweise, die den noch immer praktizierten Ökoimperialismus ablösen müßte.
Denn die Tragfähigkeit von 248 Einwohnern je Quadratkilometer in Deutschland beispielsweise impliziert doch die Null-Lösung für zwei Drittel aller Mitgeschöpfe. Und sie nimmt die Not von Mitmenschen, und dabei vor allem die Not von Frauen, in den ärmsten Zimmern des gemeinsamen Hauses Erde in Kauf, weil die ökologische Frage immer mit der sozialen Frage verknüpft ist. Und sie fegt die Zimmer leer und kahl von Blütenschmuck und Vogelliedern.
Was aber wäre unser Haus ohne Düfte und ohne Schmetterlinge?
Großes müßte geschehen; denn wenn Soziobiologie und Ethologie uns heute sagen, daß unsere Gene eben so angelegt sind und nicht Moral, sondern Egoismus das Leitmotiv einer Art sei, dann müßte der Mensch sich selbst überwinden.
„Wert an sich" – wenn also die Menschheit in eine ernsthafte Diskussion um ein Recht der Tierheit und der Pflanzenheit eintreten würde, dann wäre dies die größte soziale, kulturelle und religiöse Veränderung in der uns bekannten Menschen-Geschichte.
Drei kleine Worte, welche eine Weltrevolution in sich tragen.

Anschrift des Verfassers:

Hubert Weinzierl
Vorsitzender des Bundes
für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e. V (BUND)
Schloß
D(W)-8441 Wiesenfelden

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: 15_1991

Autor(en)/Author(s): Weinzierl Hubert

Artikel/Article: Naturschutzverbände als Lobby der Umweltpolitik 5-13